

Alle Vielfalt ist bunt, aber manche ist weniger bunt als andere

Bürgerlich-Konservativer Stammtisch im Prenzlauer Berg, in einer alten Bürgerrechtlerkneipe, wo einst Bärbel Bohley und ihre Freunde Pläne schmiedeten, wie man den Machthabern im SED-Staat Kopfschmerzen bereiten könnte. Wenn es in Deutschland bunte Vielfalt gibt, dann hier zwischen Kollwitz- und Helmholtzplatz, mit den kleinen Kneipen, den Programmkinos, Clubs wie dem „Kesselhaus“ und der „Kulturbrauerei“. Während der Nazizeit war hier im Prenzlberg eine Zelle des Widerstands, viele Juden mussten den Rassenwahn der brauen Horden mit ihrem Leben bezahlen.

Das nächste besetzte Haus ist fußläufig erreichbar. Es ist eine bunte Mischung, die hier zu Bier, Bouletten und Currywurst zusammengekommen ist. Die weitaus meisten frustrierte CDUler, auch welche von der FDP und einer (!) von der AfD. Ein bekanntes Gesicht. Gleich am Eingang wird er angesprochen, ob er der sei, der so aussehe... ja, er ist es, sagt er...und dass er privat da sei.

Bei uns am Tisch macht er mich darauf aufmerksam, dass wir von einem dort am Tisch ungefragt fotografiert werden. Der Mann mir dem Smartphone fotografiert nicht nur, anschließend tippt er einen Text ein und schickt wohl eine Nachricht ab.

Ich bin wirklich alles andere als ein ängstlicher Typ, aber es macht mich nervös, vor allem als nach weiteren Gästen zu unserem Stammtisch zwei junge Männer im schwarzen Kapuzenpulli das Lokal betreten und sich einen Platz direkt am Eingang suchen. Ich gehe seit 40 Jahren zu politischen Veranstaltungen überall in Deutschland in Gasthäuser, aber so mulmig habe ich mich dabei nie gefühlt. Naja, in Ostwestfalen mal, als ich mit meinem Freund, dem Ex-Bundestagsabgeordneten Hubert Hüppe (CDU), eine Podiumsdiskussion über das Thema Abtreibung bestritt und neben einem halben Dutzend JUlern noch 70 aufgeregte Emanzen vom Bielefelder Uni-Asta um uns herum saßen. Auch damals schauten wir uns vorsichtig um, wie wir wohl heil wieder aus diesem Laden kommen würden. Es hat geklappt, damals und am Montag. Aber schön ist es nicht...

Es ist wieder soweit... Weihnachten naht...

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn das Jahresende näher rückt, dann nehmen wir uns oft etwas Neues vor.

Als regelmäßige Leser unseres bürgerlichen Blogs wissen Sie, wie begeistert ich bin, dass endlich, endlich auch in unserem Land etwas in Bewegung kommt. Es wird wieder gestritten, sie schreien sich an im Deutschen Bundestag, die Zahl der Wähler nimmt zu, weil die Bürger verstehen, dass es jetzt wirklich

um etwas geht.

Bei der vergangenen Landtagswahl im Saarland kamen plötzlich Wähler in Scharen zur CDU zurück, weil die Gefahr drohte, dass Oskar's SED-Nachfolgepartei mit der SPD eine Mehrheit erringen könnte. Das wollten die Leute nicht, und sie kamen zurück und setzten ihren Willen durch.

Oder bei nahezu allen Wahlen in den vergangenen Jahren für Bundestag und Landtage erhielt die AfD starken Zustrom aus dem Lager der Nichtwähler. In Bayern war das ganz anders, antizyklisch. Wähler wanderten zwar in großer Zahl von der CSU zu Freien Wählern, FDP, AfD und den Grünen – aber mehr als 120.000 bisherige Nichtwähler kamen zurück und wählten die CSU – warum auch immer.

Politik ist wieder spannend, es gibt wieder eine Auseinandersetzung über die Richtung, in die sich Deutschland bewegen sollte. Gut so.

Was können wir, was können Sie tun?

Kommen Sie zu unseren **bürgerlichen Stammtischen** überall in Deutschland! Lernen wir uns kennen, diskutieren wir über den richtigen Weg, die richtige Politik, die Zukunft...und trinken wir ein Bier zusammen. Einfach eine Mail direkt an mich, wenn Sie dabei sein möchten. Nach den ersten Stammtischen in Erfurt und Leipzig, treffen wir uns **am Montag (12.) in Berlin, am 26. November in Stuttgart, am 23. Januar 2019 in Düsseldorf**. Paderborn, Münster, Nürnberg und weitere sind in Vorbereitung.

Mit diesem Blog schaffen wir genau so wie die großartigen Kollegen Broder, Tichy, Lengsfeld, Steinhöfel, Honekamp, Wind und weitere eine meinungsstarke Gegenöffentlichkeit. Ich denke, intelligente Gedanken und Ideen sind wichtig, aber sachliche Information auch. Deshalb betreiben wir inzwischen vier Länderportale und vier weitere sind in Vorbereitung. Deshalb gibt es immer wieder Anfragen, ob die Online-Tageszeitung *TheGermanZ* auferstehen sollte, die anderen Themen und anderen Meinungen eine Plattform bieten könnte. Wenn es jemand machen will, wenn jemand Geld zur Verfügung stellen kann und will – herzlich willkommen!

Unsere Verbreitung und unser Einfluss ist viel größer, als viele von Ihnen das für möglich halten, liebe Freunde! Mehrere Dutzend Bundestagsabgeordnete verschiedener Parteien lesen hier jede Woche mit, bekommen unsere Newsletter, reagieren auf den ein oder anderen Gedanken. Und an jedem Tag haben wir mindestes eine vierstellige Zugriffszahl, auch wenn gar nichts Neues draufsteht, oft auch deutlich fünfstellig.

Sie alle wissen, dass ich alljährlich im November um Geld bettele. Ganz ehrlich: Ich hasse es. Aber gerade, weil so viel positiv in Bewegung geraten ist, explodieren die Kosten für den Ausbau unserer Internetmedien, für Reisekosten, für Treffen überall in Deutschland und natürlich auch für das alljährliche Treffen unserer Schwarmintelligenz. Noch nie haben wir so viel auf die Beine gestellt wie in diesem Jahr, noch nie haben wir so viel Geld dafür ausgegeben.

Das Rote Kreuz, die Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger und die Welthungerhilfe tun sehr viel wichtigere Dinge als ich und wir hier. Und jeder hat Verständnis, wenn Sie sich in der Vorweihnachtszeit dafür entscheiden, für karitative Zwecke etwas Geld zu geben. Und bei denen bekommen Sie sogar Spedenquittungen und Steuervorteile. Und wenn Sie mit ihrem Geld sowieso haushalten müssen, gibt es sicher Wichtigeres zu bezahlen.

All die anderen möchte ich persönlich und herzlich bitten, auch in diesem Jahr unsere vielfältigen Aktivitäten mit einer Überweisung nach Ihren Vorstellungen und Möglichkeiten zu unterstützen (Sparkasse Krefeld: DE40 3205 0000 0000 2711 22). Im nächsten Jahr wird es dann endlich auch einen Verein geben – der die Organisation weiter entwickelt. Deutschland halt, das Land, das trotz aller Irrwege, die es eingeschlagen hat, unser Land ist und bleibt. Und das uns am Herzen liegt.

Ich danke Ihnen für die Treue zu unserem Blog, für die Diskussionsfreude und Unterstützung!

Mit herzlichen Grüßen,

Ihr Klaus Kelle

Neue Köpfe sind nur der Anfang: Es geht darum, für das Richtige zu kämpfen

Wer nur draufhaut verliert immer. Das weiß jeder, der schon mal für die Union in einen Wahlkampf gezogen ist. Niemand konnte so große Hallen und Plätze füllen, wie der einstige CSU-Chef Franz-Josef Strauß. Keiner konnte so mitreißend reden im Bundestag und in Bierzelten wie er. Doch Kanzler wurde er nie, so wie auch Dregger, Koch und andere Vertreter des konservativen Flügeln niemals Kanzler oder Vorsitzender wurden.

Als der frisch gewählte zwei Tage nach der überraschenden Wahl von Ralph Brinkhaus zum neuen Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (gegen Muttis Liebling Volker Kauder) gefragt wurde, wie denn die Zusammenarbeit mit der Parteivorsitzenden Angela Merkel sein werde, sagte er, zwischen sie beide passe kein Blatt Papier. Aufschrei im konservativen Heerlager! Kaum gewählt, schon korrumpiert!

Wer so denkt, hat keine Ahnung, wie Politik funktioniert. Was wäre passiert, hätte Brinkhaus auf die Frage geantwortet: „Merkel? Die hauen wir jetzt weg!“? Wäre dann Merkel gestürzt – oder Brinkhaus selbst? Politik ist taktieren, ist Bündnisse schließen und Netzwerke bilden, ist Zuträger haben, die wissen, was bei den anderen Kandidaten läuft und geplant wird. Politik, das sind die Leute, die einem noch was schulden wie im Film vom „Paten“. Politik, das sind die Handynummern, die man hat oder eben

nicht hat.

Volker Kauder ist weg, der neue Chef der Fraktion ist mit erstaunlichem Selbstbewusstsein gestartet. Angela Merkel wird nicht wieder antreten, wenn im Dezember die Spitze der Partei neu gewählt wird. Gern würde sie noch drei Jahre im Kanzleramt residieren – aber das ist unvorstellbar und wäre auch taktisch völlig unsinnig. Nächstes Jahr um diese Zeit ist Angela Merkel nicht mehr Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland. Da wette ich drauf.

Annegret Kramp-Karrenbauer, Jens Spahn oder Friedrich Merz (Foto) – einer von diesen drei Kandidaten wird es werden in Hamburg. Und ich bin überzeugt – jeder von den Dreien, wirklich JEDER, würde es besser machen als Angela Merkel seit 2015. Ideenlos, planlos, uninspiriert – kaum zu fassen, dass die große Volkspartei der Mitte, dieses Trauerspiel so lange beifallklatschend hingenommen hat. Chapeau vor der Machtstrategie der Bundeskanzlerin – als Kanzlerin und Vorsitzende hat sie in einem Maße versagt, dass wir alle erst begreifen werden, wenn sie schon lange weg ist. Als Netzwerkerin und Strippenzieherin war sie die vielleicht Brillianteste von allen seit 1949...

Friedrich Merz und Jens Spahn haben sich heute in ihren Heimatkreisverbänden einstimmig nominieren lassen. Die einzige Frau im Rennen setzt auf den Rückhalt der alten Partei-Eliten. Gut möglich, dass sie das Rennen macht. Friedrich Merz ist der Leitwolf, er führt deutlich in allen Umfragen. Aber er hat keine wirkliche Hausmacht in der Partei. Viele Fans, wenig Truppen. Anders Jens Spahn, der von den Jungen in der Partei getragen wird, denen, die noch kämpfen können und wollen.

Aus meiner Sicht ist das Rennen am 8. Dezember völlig offen. Wäre ich Delegierter würde ich Spahn oder Merz wählen, wohl wissend, dass sie nicht solche Konservative sind, wie ich sie mir für meine Partei wünsche. Aber viel wichtiger als die Person ist danach die Bereitschaft der Partei, den Kurs spürbar zu ändern. Die Debatte in dieser Woche über den Global Compact für Migration war ein Offenbarungseid der Union insgesamt. Die lebhaften Debatten am Dienstag in der Fraktion in aufgeheizter Stimmung, Jens Spahn, der öffentlich erklärte, dass man dieses Dokument – völkerrechtlich bindend oder nicht – nicht durchwinken könne, der massive Widerstand des konservativen *Berliner Kreises* um Sylvia Pantel und Klaus-Peter Willsch wurden im Parlament nicht sichtbar. Die Unionsfraktion reihte sich bei SPD, Linken und Grünen ein nach dem Motto „Alle mit Hurra auf die AfD“. Politischer Vernichtungskampf, denen zeigen wir mal, wer hier das sagen hat.

Und genau das treibt der AfD immer mehr Wähler zu. Wer den „Global Compact“ gelesen hat – das kann jeder im Internet – , der weiß, dass dieses Dokument von unserer Regierung auf keinen Fall unterschrieben werden darf. Allein, wenn man sich im Hohen Haus angeschaut hat, wie sich Grüne und die SED-Nachfolgepartei auf den Compact freuen, der jedem Flüchtling auf der Welt das Recht zugesteht, sich mit seiner Familie nicht nur in unserem Land, sondern auch noch in unseren Sozialsystemen niederzulassen, der weiß, dass hier massiver Widerstand aller Bürgerlichen gefordert ist. Es geht dabei nicht um kleinkariertes Parteizankerei, es geht um die Zukunft unseres Landes.

Genau das muss die CDU wieder lernen: eigene Überzeugungen wiederentdecken und dafür zu kämpfen – nicht aufgeben, unbequem sein, streiten auch mal ohne Kompromisse. Endlich wieder. Dann ist die

große Volkspartei der Mitte noch zu retten. Aber auch nur dann.

Warum sollte ich als Journalist einen Rabatt akzeptieren?

Ein Freund empfiehlt mir beim Bier doch über das Portal www.journalistenrabatt.de einzukaufen. Da gäbe es für so viele Sachen teilweise wirklich beeindruckende Preisnachlässe: Autos, Reisen, Versicherungen, Smartphones, Computer...praktisch alles. Und wir diskutieren über die Frage: Warum eigentlich? Warum bekommt jemand Rabatt, einfach weil der den Beruf des Journalisten gewählt hat – natürlich nur die von ihnen, die auch einen Presseausweis besitzen, denn alles muss seine Ordnung haben in Deutschland.

Für die Leser hier, die sich nicht so auskennen: einen Presseausweis braucht man praktisch nie, außer man geht in ein Parlamentsgebäude. Ich bin bestimmt seit fünf Jahren nicht mehr nach einem Presseausweis gefragt worden – bis gestern. Da habe ich mich für den endlich einmal spannenden CDU-Bundesparteitag am 7./8. Dezember in Hamburg akkreditiert. Eine Stoppuhr werde ich dorthin mitnehmen, um genau zu wissen, wie viel Beifall der oder die neue CDU-Chefin erhält, die uns durchhaltende CDU-Mitglieder endlich von Angela Merkel als Chefin erlöst. Egal, wer es wird – es kann nur besser werden.

Also Stoppuhr ja, Presseausweis nein. Bin gespannt, ob sie mich trotzdem reinlassen, denn Journalist bin ich ja zweifellos. Und wenn die Bratwurst dort 3,50 Euro kostet, dann bezahle ich auch 3,50 Euro.

Auf journalistenrabatt.de habe ich noch nie etwas gekauft. Aber vor vielen Jahren habe ich einige Flüge bei Air Berlin mit 50 Prozent Rabatt gebucht – einfach, weil ich Journalist bin. Dafür schäme ich mich. Aber die sind inzwischen pleite – das haben sie davon...

Kretschke will „junge Männer“ in die Pampa schicken

Baden-Württembergs grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann kommt gut an. Auch bei den bürgerlichen Wählern im Ländle. Deshalb ist er ja schließlich Ministerpräsident. Gut, er war in jungen Jahren mal Mitglied im Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW), aber da er auch auf einem katholischen Internat war und heute Mitglied im Verein der Freunde der Erzabtei St. Martin, eines

katholischen Chores und eines Schützenvereins ist, halten ihn die meisten Wähler im Südwesten für einen der Ihren. Und Fan vom VfB Stuttgart und Inhaber des 2017 verliehenen Markgräfler Gutedelpreises ist er auch.

So ein Mann – Ministerpräsident, katholisch und Querdenker – gefällt den Leuten. Allerdings anscheinend nicht so sehr mit seiner neuesten verstörenden Idee. Nach der widerwärtigen Gruppenvergewaltigung einer jungen Frau durch sieben syrische Flüchtlinge und einen Deutschen schlägt Kretschmann vor, junge Flüchtlinge von den Großstädten in die Provinz auszulagern – „in die Pampa“ schicken, wie er das formuliert. Man wisse ja, das evolutionsbiologisch „junge Männerhorden“, „solche testosterongesteuerten Gruppen“, oftmals Böses anrichten. Ja, besonders wenn sie aus dem islamischen Kulturkreis stammen, wo Frauen...sagen wir...als nicht ganz so gleichwertig wie Männer angesehen werden.

Ich bin sicher, dass sich die jungen Frauen in der schwäbischen und badischen Provinz über diese Idee freuen. Bunte Vielfalt und so. Und das ist ja auch eine typisch grüne Idee, denn sie sorgt auch in den Großstädten bei den vielen grünen Wähler_*Innen dort für Erleichterung, müssen sie sich dann nicht mehr so intensiv mit der katastrophalen Flüchtlingspolitik auseinandersetzen, die sie begeistert beklatschen und mit der sie rauschende Wahlsiege einfahren.

Wieder was gelernt über China

Habe heute Morgen mit einem befreundeten Unternehmer zusammengesessen, der viel in der Welt herumkommt. Er erklärte mir: „Wenn man in Russland einen Vertrag unterschreibt, dann wird der eingehalten – auch auf 100 Jahre. Wenn man in China einen Vertrag unterschreibt, dann beginnen die Verhandlungen erst...“

Werde ich mir merken...

Midterm-Elections: Nichts Neues im Westen

Die Sensation ist ausgeblieben. Bei den Midterm-Wahlen in den USA haben Trumps Republikaner die Mehrheit im Senat verteidigt und die Mehrheit im Repräsentantenhaus verloren. So what? Eine Wahl, wie es sie regelmäßig gibt, denn der Amerikaner straft bei den Zwischenwahlen in der Regel die Partei ab, die von D. C. aus regiert. Anders gesagt: Wenn Donald Trump in zwei Jahren noch einmal für das Oval

Office kandidiert, dann hat er alle Chancen, erneut zu gewinnen.

Das hängt natürlich auch davon ab, wen die Dems ins Rennen schicken. Beto O'Rourke könnte so ein aussichtsreicher Kandidat sein, den man in den USA schon jetzt den „weißen Obama“ nennt, wobei ich unsicher bin, ob das wirklich ein Qualitätsmerkmal ist. O'Rourke hat vergangene Nacht bei der Wahl zum Senat im republikanischen Stammland Texas verloren – gegen Ted Cruz, einem GOP-Promi. Aber das Ergebnis war mit 50,9 gegen 48,3 Prozent ungewöhnlich knapp. Wir werden Beto im Auge behalten...

GASTSPIEL MARTIN D. WIND: Verschweigen und in die Irre führen

Es war geraume Zeit vor der Wahl in Bayern, dass auffällig wurde, wie wenig die Grünen programmatisch überhaupt noch von sich gaben. Nun gut, es kann auch sein, dass manche Medienschaffende eine Art Beschützerinstinkt gegenüber Hofreiter, Roth, oder auch Göring-Eckardt Baerbock sowie Schulze entwickelt haben. Anders kann man das sture Schweigen kaum noch verstehen. Man stelle sich einfach mal vor, einige Sätze dieser Grünen wären aus einem anderen „Lager“ erfolgt. Dieses Beschweigen der jeglicher Vernunft hohnsprechenden Phantastereien der der Ökopaxe seitens der Medien, hat dazu geführt, dass die Grünen vor dem Hintergrund des real existierenden Irrwitzes des „Handelns“ der aktuell machthabenden Bundesregierung, beinahe wie ein Jungbrunnen gesellschaftlicher Erholung und des Neuanfangs wirken. Kein Wunder, dass diese Visionen bei vielen bürgerlichen Untertanen, suizidal wirkenden Zuspruch erfahren.

Wenden wir uns der „Berichterstattung“ der vergangenen Wochen zu. Auffällig ist, dass der überregional unwichtigste Aspekte der Hessenwahl in den Fokus der veröffentlichten Meinung geriet: Die Abschaffung der Todesstrafe durch Volksentscheid. Die stand zwar in der hessischen Landesverfassung, war aber mit Inkrafttreten des Grundgesetzes aufgehoben. Aber darüber abstimmen zu dürfen, schien ungemein wohltuend für die Menschen, die sehr viel Wert darauf legen, beim „Zeichen setzen“ eine „gute Gesinnung“ zu zeigen. Auffällig: Die irrelevante Abstimmung zur Todesstrafe wurde bereits vor dem Wahltermin medial „groß gefahren“. Ein Thema ohne jeglichen Belang, erhielt überdimensionale Beachtung.

Die Abstimmung über die gesellschaftlich massiv wirksam werdende Aufnahme sogenannter „Kinderrechte“ in die Landesverfassung, war hingegen kaum der Rede wert. Dabei können die Folgen für Familien, Eltern und Kinder verheerend werden: Wenn eine Regierung bestimmt, was vorgeblich Kinderrechte seien und wie diese zu leben seien, öffnet sie brachial die Türe zum obrigkeitlichen Übergriff der Behörden in die Erziehungsrechte der Eltern. Betrachtet man solche Gefahren und obrigkeitliche Eingriffsgelüste des linken Milieus, drängt sich ein Verdacht auf: Das Verschweigen des Themas zeigt die Sympathie vieler Redaktionen gegenüber einer staatlichen „Lufthoheit über den

Kinderbetten“, dem Traum aller nationalen und internationalen Sozialisten.

Nicht nur bei diesem Thema war das Schweigen für politisch Interessierte sehr laut und auffällig. Es war auch fast schon unerträglich, wie krampfhaft viele Medien jegliche Berichterstattung zum sogenannten UN-Migrationspakt vermieden. Die mediale Ignoranz, das trotzig wirkende Schweigen der Regierungsparteien, die Kritiklosigkeit der linken Pseudo-Opposition zu diesem Thema, kann dem diskursgewohnten Demokraten die Zornesröte ins Gesicht treiben. Es bedurfte der Aktivität eines parlamentarischen Parias, um wenigstens eine empörte „Berichterstattung“ darüber zu erreichen, dass „die AfD wieder gegen Migranten“ sei. Inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Pakt, der angeblich zu nichts verpflichtet: Null. Erst die anschwellende Kritik in sozialen Medien zwang die Bundesregierung und einige Medien wenigstens jetzt zum Reagieren.

Was da gesagt und wie argumentiert wird, soll hier nicht beurteilt werden. Es ist aber erschütternd zu erleben, wie deutsche Medien mit gesellschaftlich relevante Themen umgehen: Vom Verschweigen, über billige Ablenkungsthemen, Tendenzberichterstattung, unvollständige oder irreführende Darstellungen bis hin zum unverhohlenen Gemeinmachen konnte gerade im vergangenen halben Jahr vielerlei Niedertracht beobachtet werden. Mit journalistischem Handwerk hat das nichts mehr zu tun. Beim Betrachten dieses Journalismus bekommt man mehr und mehr das Gefühl, dass da Menschen am Werk sind, die keinerlei Scham und Ehrgefühl mehr haben. Es ist zum Teil hochgradig widerwärtig und evoziert den Eindruck, da seinen Gesinnungstäter am Werk. Der Rheinländer würde angesichts solcher Verlüderung zu Recht sagen: „Da bin ich fies für!“.

Global Compact: Dieses UN-Dokument darf Deutschland niemals unterschreiben

Die großen Einwanderungsländer USA und Australien werden nicht mitmachen, Ungarn, Polen, Österreich und Israel auch nicht, und weitere Länder werden folgen, wenn sie bei Verstand sind. Die bunte Republik Deutschland und ihre (Noch-)Kanzlerin finden den „Global Compact for Safe and Orderly Migration“ aber würdig, am 10. Dezember in Marrakesch unterzeichnet zu werden.

Das von den Vereinten Nationen formulierte Dokument will einen Handlungsrahmen für nahezu alle Nationen der Welt schaffen, eine globale Zusammenarbeit zur Steuerung und Bewältigung der gewaltigen Flüchtlingsströme auf diesem Planeten zu organisieren. Viele Millionen Menschen aus armen und politisch instabilen Regionen – insbesondere Afrikas – sind auch jetzt, da ich diese Kolumne schreibe, unterwegs. Ihre Ziele sind Europa und die Vereinigten Staaten von Amerika.

Es gibt viele Facetten zu diesem Thema, die einer Betrachtung wert wären. Etwa:

+ Warum haben die reichen Länder dieser Welt nicht früher und viel energischer etwas getan, um die Lebensverhältnisse in der Dritten und Vierten Welt zu verbessern? Jeder, der sehen wollte, konnte doch sehen, was auf uns alle zukommt...

+ Warum hat insbesondere Europa nicht frühzeitig einen Plan entwickelt, wie der bevorstehende Massenansturm vernünftig zu bewältigen sein könnte? 28 Staaten mit 500 Millionen Einwohnern hätten leicht eine Million Flüchtlinge und Migranten aufnehmen können. Aber wenn nur drei Ländern mitmachen, dann haben wir ein Problem.

+ Eine Entwicklung, die ich selbst nicht verstehe, ist, warum unsere Regierenden den Wahnsinn überhaupt mitmachen. Jeder Zeitungsleser in Deutschland weiß, was hier Tag für Tag los ist. Migrantengewalt kreuz und quer durch unser Land, sexuelle Übergriffe, Vergewaltigungen, Morde, Messerstechereien. Warum wird so getan, als gäbe es all das nicht? Dass jeder Kritiker dieser völlig gescheiterten Flüchtlingspolitik als „rechtsradikal“ geschmäht wird, ist eine Sauerei, die man aber noch mit dem schmutzigen politischen Kampf gegen den neuen und erfolgreichen Mitbewerber AfD erklären kann. Aber ich kann und will mir nicht vorstellen, dass all diese Merkels, Laschets und Günthers wirklich mit Absicht unser Land zerstören wollen.

+ Was tun eigentlich die Länder, die viel mehr Platz für die Aufnahme von Flüchtlingen haben als wir, um die Lage unter Kontrolle zu bekommen? Die Regionalmacht Russland zum Beispiel, in der Präsident Putin erst jüngst stolz vor Kameras vermeldet, dass es jetzt auch frisches Obst in allen Supermärkten gibt. Jetzt im Jahr 2018...

Viel ist über den *Global Compact* geschrieben worden. Die ersten waren Blogger und alternative Medien. Erschütternd, dass jüngst bei der Diskussion der AfD in Dresden mit den Chefredakteuren von ARD und ZDF offenbar keiner der beiden Herren wusste, über was wir überhaupt sprechen.

Es ist alles gesagt und geschrieben wurden, was man wissen muss zu den Plänen der UN. Ich will das nicht wiederholen, Vera Lengsfeld, Roland Tichy, die Achse und David Berger haben alles gesagt, was man dazu sagen muss. Und die konservative CDU-Bundestagsabgeordnete Sylvia Pantel hat mit ihrem aktuellen [Video](#) zum Thema Zugriffszahlen wie nie zu vor. Und die AfD bringt das Thema - endlich! - in dieser Woche in den Bundestag. Weil es nicht sein darf, dass ein Staat, unser Staat, die Kontrolle über seine Grenzen endgültig aufgibt, ohne dass die gewählten Vertreter des Volkes darüber überhaupt sprechen. So wie einst beim Gender-Schwachsinn, der uns jedes Jahr zig Millionen Euro kostet und eine ganze Industrie üppigst ausstattet, ohne dass der Bundestag jemals beschlossen hat, diesen völlig unwissenschaftlichen Kokolores einführen zu wollen.

Ähnlich wie damals in Ungarn haben sich in Kroatien und Bosnien nach Medienberichten derzeit etwa 20.000 „Flüchtlinge“ gesammelt, die weiter reisen wollen - nach Österreich und dann nach Deutschland oder Schweden. Österreich wird das nicht mitmachen. Gut so! In Deutschland aber wird diese Gefahr überhaupt nicht diskutiert - nicht im Bundestag, nicht auf Parteitag, nicht in Talkshows im Fernsehen. Die Wartenden an der Grenze kommen kaum noch aus Syrien, sondern die meisten aus Pakistan, Iran, Algerien und Marokko. Viele sind mit Messer bewaffnet, es gibt schon jetzt immer wieder Übergriffe auf

Sicherheitskräfte. Offenbar sind viele der „Flüchtlinge“ mit Messer bewaffnet. Frauen und Kinder sind kaum noch dabei.

Verschwörungstheoretiker erzählen uns schon seit drei Jahren, dass wir gerade eine Invasion erleben. Und wer will schon Verschwörungstheoretiker sein? Aber wenn wir genau hinschauen, braut sich dort etwas zusammen, was höchst beunruhigend ist.

Der CDU-Linke Armin Laschet warnt vor dem „Rechtsruck“

Der Ministerpräsident des größten Bundeslandes heißt Armin Laschet und ist in der CDU. In einem aktuellen Zeitungsinterview sagte er jetzt, das Thema Migration sei gar nicht das wichtigste Thema in Deutschland. Dann benennt er gleich auch ein Thema, das ihm schlaflose Nächte bereitet: Seiner Partei, so warnt Laschet, drohe ein „Rechtsruck“ unter einer neuen Führung im Dezember. Und dass Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, im Nebenberuf Kandidat für den CDU-Vorsitz, zur Flüchtlingspolitik feststellte: „Entgegen manchen Beschwichtigungen ist noch nicht alles wieder im Lot“, darüber ist der Ministerpräsident „not amused“.

Die Wahrheit ist anders. Nach wie vor ist die anhaltende Massenzuwanderung und sind die täglichen Gewaltverbrechen von Flüchtlingen und Migranten das Thema Nr. 1 für die Bevölkerung. Laschet selbst hat seine Landtagswahl nur deshalb knapp gewonnen, weil er wenige Wochen vor dem Termin das Thema Flüchtlinge zur Chefsache erklärt und den Innenexperten Wolfgang Bosbach zum „Berater“ ernannt hat, was immer der jetzt auch tatsächlich macht, dass Nordrhein-Westfalen sicherer wird. Nur so konnte Laschet den Wählern den Eindruck vermitteln, er interessiere sich auch ein bisschen für die Innere Sicherheit. Was mir aber besonders aufstößt bei dem dem aktuellen Interview, ist die Warnung vor dem angeblich bevorstehenden „Rechtsruck“, nachdem die CDU seit Jahren unter Merkel einen beispiellosen Linksruck erleben musste. Mit Atomausstieg, Sexueller Vielfalt im Kindergarten, Massenzuwanderung, Homoehe und dem ganzen Gedöns, das die Partei bis zur Unkenntlichkeit deformiert hat, die inzwischen auf 25-Prozent-Kurs segelt. Ich kann mich nicht erinnern, dass der CDU-Chefstrategie Laschet da mal öffentlich vor dem linksgrünen Schwachsinnkurs seiner Partei gewarnt hätte.